

Volks-Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1910. Nr. 238.

für Unhalt und Thüringen.

Jahrgang 203.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 25. Mai 1910.

Verlagsgesellschaft in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Telefon 158; Redaktions-Telefon 1272.
Gefertigt von: Dr. Walter Gehlen in Halle a. S.

Verlagsgesellschaft in Halle a. S., Leipzigerstraße 87, Hinterhaus.
Telefon 158; Redaktions-Telefon 1272.
Gefertigt von: Dr. Walter Gehlen in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Seine Majestät der deutsche Kaiser ist am Bord der „Sachsen“ Dienstags nachmittag 11 Uhr in Wlissingen eingetroffen und hat um 2 Uhr 45 Minuten seine Reise fortgesetzt.

Interessantes Beilieg. für Geheimrat Pfaff. Seine Majestät der Kaiser ließ der Witwe des fürstlich Göttingen verstorbenen Fürstlichen Geheimrat Pfaff Dr. Pfaff das folgende Beiliegende anvertrauen:

Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben. Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben. Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben.

Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben. Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben. Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben.

Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben. Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben. Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben.

Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben. Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben. Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben.

Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben. Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben. Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben.

Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben. Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben. Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben.

Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben. Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben. Seine Majestät hat die folgende Beiliegende anvertrauen gegeben.

nach Regensburg einberufenen bayerischen Bauern- und Bauernversammlung wurde die Verbrüderung des Zentrums mit den bayerischen Bauern ausgeprochen. Reichstagsabgeordneter Erzberger proklamierte für beide Teile den Kampf gegen den Kantabund, unter dessen Druck sich die Reichstagswahlen 1911 vollziehen werden, wie Dr. Heim ausführt.

Ministerialrat betr. die Schiedsgerichte bei Verträgen über Staatsbänken. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat, wie uns mitgeteilt wird, unter dem 10. Mai d. J. einen umfangreichen Rundschreiben betreffend die Schiedsgerichte bei Verträgen über Staatsbänken an die nachgeordneten Behörden gerichtet.

Ministerialrat betr. die Schiedsgerichte bei Verträgen über Staatsbänken. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat, wie uns mitgeteilt wird, unter dem 10. Mai d. J. einen umfangreichen Rundschreiben betreffend die Schiedsgerichte bei Verträgen über Staatsbänken an die nachgeordneten Behörden gerichtet.

Ministerialrat betr. die Schiedsgerichte bei Verträgen über Staatsbänken. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat, wie uns mitgeteilt wird, unter dem 10. Mai d. J. einen umfangreichen Rundschreiben betreffend die Schiedsgerichte bei Verträgen über Staatsbänken an die nachgeordneten Behörden gerichtet.

Ministerialrat betr. die Schiedsgerichte bei Verträgen über Staatsbänken. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat, wie uns mitgeteilt wird, unter dem 10. Mai d. J. einen umfangreichen Rundschreiben betreffend die Schiedsgerichte bei Verträgen über Staatsbänken an die nachgeordneten Behörden gerichtet.

Ministerialrat betr. die Schiedsgerichte bei Verträgen über Staatsbänken. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat, wie uns mitgeteilt wird, unter dem 10. Mai d. J. einen umfangreichen Rundschreiben betreffend die Schiedsgerichte bei Verträgen über Staatsbänken an die nachgeordneten Behörden gerichtet.

Ministerialrat betr. die Schiedsgerichte bei Verträgen über Staatsbänken. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat, wie uns mitgeteilt wird, unter dem 10. Mai d. J. einen umfangreichen Rundschreiben betreffend die Schiedsgerichte bei Verträgen über Staatsbänken an die nachgeordneten Behörden gerichtet.

Ministerialrat betr. die Schiedsgerichte bei Verträgen über Staatsbänken. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat, wie uns mitgeteilt wird, unter dem 10. Mai d. J. einen umfangreichen Rundschreiben betreffend die Schiedsgerichte bei Verträgen über Staatsbänken an die nachgeordneten Behörden gerichtet.

Von der Brüsseler Weltausstellung. Der König der Bulgaren besuchte Dienstag nachmittag in Begleitung des Königs von Belgien die deutsche Abteilung der Weltausstellung und wurde von dem Reichskommissar Geheimrat Albert empfangen. Auf dem Vorhause des deutschen Komitees wurde der Vorstand des anwesenden Vereins deutscher Kaufleute und Industrieller vorgestellt. Der König der Bulgaren hat schon bei Besichtigung der anderen Abteilungen geäußert, er freue sich auf die deutsche Abteilung, da er von allen Seiten gehört habe, daß sie vorzüglich sei. Der König interessierte sich besonders für die Eisenbahnabteilung, bei der er sich lange mit dem Bahndirektor von der Seiten unterhielt. Der König der Belgier äußerte die Hoffnung, bald wiederkommen zu können, da er noch lange nicht alles gesehen habe.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.
70. Sitzung vom 24. Mai, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Rolffe.

Das Ansehen des verstorbenen Abg. Griebel (Ztr.) ehrt das Haus in herkömmlicher Art.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Vorlage auf Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern in staatlichen Betrieben und von gering besoldeten Staatsbeamten.

Der Entwurf macht weitere 12 Millionen flüssig.

Abg. Frhr. v. Moltke (konf.): Die Vorlage paßt sich den Grundbedürfnissen der Vorgängerin an. Wir sind mit ihr einverstanden. Freilich darf die Vorlage ihren Charakter als Kleinwohnungsbeschick nicht einbüßen und sie darf nicht Genossenschaftlichen unterliegen, die keine Wohnungen überhaupt nicht bauen. Dieser Gesichtspunkt sollte auch in den Denkschriften über die Ausführung der früheren Vorlagen nicht übersehen werden. Was soll man dazu sagen, daß zum Beispiel in Potsdam zwölf Wohnungen mit sechs Zimmern gebaut worden sind? Ein fünfzig vorgenommener Vergleich zwischen der Bauweise des Staats und der von Bau-genossenschaften ergibt, daß die Bau-genossenschaften billiger und praktischer bauen als der Staat; Bauen wie der Staat könnte ein Privatbesitzer überhaupt nicht ausführen. Andererseits muß das Eingreifen des Staats vom jeweiligen Bedürfnis abhängig gemacht werden; wo Hunderte von guten und preiswerten Wohnungen zur Verfügung stehen, braucht der Staat nicht auch noch zu bauen. Im übrigen billigen wir die Tendenz der Vorlage und stimmen ihr gern zu. (Beifall.)

Abg. Dr. Grunberg (Ztr.): Auch wir sind Freunde des Entwurfs, der dem unvertretbaren Mangel an Kleinwohnungen entgegenwirkt wird.

Abg. v. Staudmann (konf.): Hier und da entspricht der Ausbau der Arbeiterwohnungen den berechtigten Anforderungen nicht. Billige kleine Wohnungen sollten vermieden werden. Auch auf sonstige Bedürfnisse kann Rücksicht genommen werden, insbesondere bei den Genossen.

Abg. Dr. König (Ztr.): Als kleines Mittel zur Selbstmachung der Arbeiterbevölkerung ist der Entwurf auch uns willkommen.

Abg. Griebel (nl.): Wir stimmen gleichfalls zu. Der Entwurf wird in erster und zweiter Lesung angenommen. Es folgen

Initiativanträge.

Ein sozialdemokratischer Antrag erstrebt Abänderung des preussischen Strafgesetzbuchs. Nach § 31 ist der öffentliche Verkauf von Wafeln verboten, die einen anderen Inhalt haben als Anführungen über gesetzlich nicht verbundene Versammlungen, über öffentliche Vergewaltigungen, über verlorene oder gefundene Sachen, über Verluste usw. § 31 macht den öffentlichen Verkauf und Austausch von Druckschriften von behördlicher Erlaubnis abhängig. Der vorliegende Antrag fordert Aufhebung beider Paragraphen.

Abg. Zierke (Soz.): Die beiden Paragraphen sind ein Widerspruch, das ist gegen Oppositionsparteien richtet. Wie ein alter „Gropapa mit Vatermordern“ bilden sie in der Gegenwart hinein. Die Genossenschafts- und Wapoltplattate werden mit Hilfe der beiden Paragraphen fortgesetzt verfolgt. Gegen ein Wafel, das einen Wafel-Stimmeln enthält, schießt man ein. Gegen einen Wafel-Stimmeln oder gar einen Wafel-Stimmeln hätte man sicher nichts unternommen.

Inzwischen ist ein Antrag des Abg. Dr. König (Ztr.) eingegangen, nach dem die Regierung ersucht wird, einen Gesetzentwurf zur zeitgemäßen Abänderung der beiden besprochenen Paragraphen des preussischen Strafgesetzbuchs einzubringen.

Abg. Werrin-Oels (konf.): Wir lehnen den sozialdemokratischen Antrag ab. Eine Erweiterung der Pressefreiheit ist nicht nur ein Verstoß gegen die staatsrechtlichen Grundsätze, sondern auch ein Verstoß gegen die staatsrechtlichen Grundsätze. Wir wollen der staatsrechtlichen sozialdemokratischen Agitation nicht noch neue Wege öffnen. (Beifall.)

Abg. Dr. König (Ztr.): Eine Durchdrift der kritischen Paragraphen ist immerhin empfehlenswert. Dies schlägt unser Antrag vor.

Abg. Dr. Sieber (natl.): Wir lehnen den sozialdemokratischen Antrag wegen seiner unübersehbaren Konsequenzen ab.

Abg. Traeger (ff. W.): Wir beantragen, den Antrag Borgmann der Justizkommission zu überweisen, sind aber bereit, dem Antrag König zuzustimmen.

Abg. v. Boppstein (konf.): Der sozialdemokratische Antrag ist für uns unannehmlich. Dem Antrag König werden wir die Kommissionenberatung gönnen. Da dann aber auch der sozialdemokratische Antrag mit in die Kommissionen derviesen werden müßte, stimmen wir in beiden Fällen gegen die Zurückweisung an die Kommissionen.

Die Vorweisung des sozialdemokratischen Antrags an die Kommissionen wird abgelehnt. Einigen geht der Antrag König gegen die Stimmen der Rechten an die Justizkommission.

Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag will im Aufnahmestrich von 1843 den sog. Abgabensparagrafen beistimmen, nach

